



Landes-SGK EXTRA Rheinland-Pfalz

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Rheinland-Pfalz e.V.

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

unser Kommunalpolitischer Kongress fand im März in Bingen statt. Gemeinsam konnten wir unsere wichtigen und zentralen Leitlinien für den kommunalen Wahlkampf verabschieden. Das Motto „Weiter anpacken“ steht darin themenübergreifend über allen Bereichen – von Gesundheit bis Bildung, über Mobilität bis hin zur Wirtschaft. Und unter genau dieser Maxime stehen nun auch die kommenden Wochen bis zur Wahl am 26. Mai: Packen wir es an.

Stabile Finanzen sind zentral für die Handlungsfähigkeit der rheinland-pfälzischen Kommunen: Auch in Zukunft müssen sie mit einer guten finanziellen Ausstattung rechnen können, damit Investitionen in Infrastruktur und Gesellschaft möglich sind.

Haushaltskonsolidierung

In Anbetracht des demografischen Wandels ist allerdings festzustellen, dass die generationengerechte Haushaltskonsolidierung nur langsam fortschreitet. Ein wesentlicher Grund sind steigende Belastungen im sozialen Bereich, insbesondere bei Ausgaben, welche vonseiten des Bundes festgelegt wurden. Um diesem Trend entgegen zu wirken, ist es notwendig, dass sich der Bund hier in Zukunft in größerem Umfang finanziell beteiligt.

Ein wichtiges Themenfeld stellt außerdem die Sicherheit in den rheinland-pfälzischen Kommunen dar: Auf den Rettungsdienst, die Polizei, die vielen Freiwilligen Feuerwehren und Berufsfeuerwehren sowie das THW ist stets Verlass. Daher ist es umso wichtiger, die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen, sodass die „Blaulichtfamilie“ sicher und effizient arbeiten kann. Hier ist neben einer guten Ausrüstung der Einsatzkräfte eine Ausbildung auf weiterhin hohem Niveau notwendig.



Nico Steinbach

Foto: SGK

Gerade für die Ehrenamtlichen, die sich in ihrer Freizeit freiwillig als Feuerwehrmänner und -frauen engagieren, ist dies auch ein Ausdruck von Anerkennung. Hohe Investitionen müssen daher unbedingt beibehalten werden, um den Bürgerinnen und Bürgern die höchste Sicherheit zu bieten.

Egal ob bei der Ahndung von Ordnungswidrigkeiten oder der Abwehr von Gefahren – auch der kommunale Vollzugsdienst ist bedeutsam für einen sicheren öffentlichen Raum. Als Ergänzung zur Polizei sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Vollzugsdienstes im Einsatz. Auch hier sind eine gute Ausstattung und eine gute Ausbildung an der Landespolizeischule von Bedeutung.

Schutz der Umwelt

Ein in Anbetracht des Klimawandels bedeutsamer Bereich ist der Schutz

von Umwelt und Natur. Rheinland-Pfalz bietet einzigartige Naturerlebnisse, die auch in Zukunft erlebbar bleiben müssen. Einen besonders wichtigen Teil unseres Ökosystems stellen die Wälder dar, die rund 42 Prozent der Landesfläche einnehmen und zumeist Mischwälder sind. Umso wichtiger ist es, in Anbetracht des Klimaschutzes unsere Wälder nachhaltig zu bewirtschaften und an die geänderten klimatischen Bedingungen anzupassen.

Beim Thema Klimaschutz sind zudem die Kommunen gefragt – auch sie können einen Beitrag leisten, was energetische Sanierungen und die Energieeffizienz von öffentlichen Gebäuden anbelangt. Der Aufbau und Ausbau regenerativer Energieversorgung ist hier zentral. Ein besonderes Augenmerk liegt auf der Vereinbarkeit von Solar- und Windenergie mit Natur und Landschaft.

Inhalt

Wahlkampfauftakt:
SPD und SGK legen
die Leitlinien fest

Energiewende setzt
auf Photovoltaikanlagen

Grundsteuerregelung:
Eckpunkte festgelegt,
Bayern schert aus

Ralf Claus will OB
in Ingelheim bleiben

Schon 67 Bürgerbusse
in ganz Rheinland-Pfalz

Doch auch eine saubere Mobilität geht Hand in Hand mit dem Schutz des Klimas, wenn Kommunen mit ihrer Fahrzeugflotte auf alternative Antriebsarten setzen und so mit gutem Beispiel vorangehen.

Das Thema der erneuerbaren Energien wird auch in dieser DEMO-Ausgabe aufgegriffen: Die Landesregierung hat die Regelungen für die Errichtung von Freiflächen-Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen erweitert. Näheres zu dieser Neuerung findet Ihr im Artikel.

Mit freundlichen Grüßen
Euer

Nico Steinbach, MdL
SGK-Landesgeschäftsführer

SPD Rheinland-Pfalz beschließt Kommunalpolitische Leitlinien

Motto lautet „Heute für Morgen. Weiter anpacken: Für starke Kommunen“. Hauptziel sind gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land

Autor SGK Rheinland-Pfalz/Wolfgang Kröhler

Die SPD Rheinland-Pfalz hat sich im Rahmen eines Kommunalpolitischen Kongresses in Bingen auf den Wahlkampf für die Kommunal- und Europawahl eingeschworen. Die Delegierten beschlossen die Kommunalpolitischen Leitlinien, die als Orientierung für die Wahlprogramme der SPD-Gliederungen vor Ort dienen.

Unter dem Motto „Heute für morgen. Weiter anpacken: Für starke Kommunen.“ setzt die SPD vierzehn Schwerpunkte für ihre kommunale Politik in den nächsten Jahren. Das Hauptziel, das sich wie ein roter Faden durch die Kommunalpolitischen Leitlinien der SPD Rheinland-Pfalz zieht, ist die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Stadt und Land – ob bei der Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung, dem Ausbau der Pflege und des Glasfasernetzes oder der Modernisierung der Schulen.

Nah bei den Leuten

„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wissen, wie viel auf dem Spiel steht, Stichwort: Rechtsruck. Und deshalb werden wir für die



Waren beim Kommunalpolitischen Kongress von Landes-SPD und SGK Rheinland-Pfalz dabei (v.l.n.r.): Nico Steinbach, Doris Ahnen, Michael Ebling, Daniel Stich, Roger Lewentz, Malu Dreyer, Alexander Schweitzer, Heike Kaster-Meurer. Foto: SPD Rheinland-Pfalz

Kommunal- und Europawahl einen Wahlkampf machen, der sich gewaschen hat“, kündigte der SPD-Landesvorsitzende Roger Lewentz an. Die SPD Rheinland-Pfalz habe tolle Kandidatinnen und Kandidaten, mit denen sie in den kommenden zehn Wochen für sozialdemokratische Politik im Land, in den Kommunen und in Europa werben werde.

„Unser Ziel ist es, dass wir im Wahlkampf an mindestens einer Viertelmillion Haustüren klopfen“, so Lewentz weiter.

Er fügte an: „Ich war selbst jahrelang Ortsbürgermeister, ich weiß, wie wichtig es ist, vor Ort für die Menschen ansprechbar und präsent zu sein. Nah bei den Leuten – dafür

steht die SPD in unserem Land. Das werden wir auch bei den anstehenden Wahlen beweisen.“

Ministerpräsidentin Malu Dreyer hob in ihrer Rede 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts die Bedeutung weiblicher Kandidatinnen auf den Listen der SPD Rheinland-Pfalz hervor. „Es wird Zeit, dass wir bei der Kommunalwahl mehr Frauen in die Räte und an die Spitzen der Kommunen bekommen“, so Dreyer. „Deshalb hat die SPD viele ihrer Listen paritätisch besetzt und ist insgesamt weiblicher aufgestellt als bei allen vorherigen kommunalen Wahlen. Jetzt wollen wir dafür sorgen, dass unsere kompetenten Frauen auch gewählt werden!“

Darüber hinaus betonte Dreyer, dass man Europa- und Kommunalwahl zusammendenken müsse. Dies gelte vor allem für Rheinland-Pfalz, das mitten im Herzen des Kontinents liege. Mit Katarina Barley als rheinland-pfälzischer SPD-Europa-Spitzenkandidatin gelinge dies sehr gut.

„Verrückte“ Wohnungsmärkte

Ein wichtiger Punkt bei den Leitlinien ist auch das Thema bezahlbarer Wohnraum. „Die Miete darf nicht über die Lebensqualität der Menschen bestimmen“, heißt es darin. Nötig sei eine engagierte Politik, um bei Mietsteigerungen und anderen Entwicklungen „verrückter Märkte“ gegenzusteuern, so der SGK-Landesvorsitzende und Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling.

Anzeige

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL
DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

**JETZT
AUF FACEBOOK
BESUCHEN!**

[www.facebook.com/
demo.online](http://www.facebook.com/demo.online)

Gefällt mir

Potenzial Solarenergie besser ausschöpfen

Treibhausgase sollen bis 2020 um 40 Prozent – gegenüber dem Stand von 1990 – gesenkt werden. Die Standortauswahl wurde vergrößert. Rheinland-Pfalz profitiert von hoher Sonnenscheindauer

Autor SGK Rheinland-Pfalz



Für Photovoltaikanlagen ist Rheinland-Pfalz ein guter Standort. Die Sonnenscheindauer ist in diesem Bundesland die höchste in der Republik.

Foto: Michael Schwarzenberger

Der Ausbau erneuerbarer Energien ist unabdingbar für das Erreichen der rheinland-pfälzischen Klimaschutzziele. Bis 2020 soll die Emission von Treibhausgasen im Land um mindestens 40 Prozent verringert werden. Drei Jahrzehnte später sollen bereits 90 Prozent gegenüber dem Stand von 1990 eingespart werden. Neben Windenergie kommt auch Solarenergie eine große Bedeutung im Zuge der Energiewende zu: Denn Rheinland-Pfalz profitiert von einer Sonnenscheindauer, die im Jahr zwischen 1.000 und 1.300 Stunden liegt. Im Vergleich zu anderen Bundesländern liegt dieser Wert an der Spitze – ideal, um auf Photovoltaik (PV) zu setzen. Zusätzlich ist die Erzeugung von Solarenergie im Vergleich zu Strom aus Kohle- oder Atomkraftwerken wesentlich kosteneffizienter.

Bisher waren für Photovoltaikanlagen ab einer Größe von 750 kW durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz von 2017 (EEG 2017) enge Rahmen-

bedingungen gesetzt, was zulässige Flächen für die Errichtung betrifft: Vor allem Konversionsflächen und Randstreifen an Schienen oder Autobahnen standen aufgrund dieser Eingrenzung zur Verfügung. Für die Gewährung einer Einspeisevergütung nach EEG für die Freiflächen-PV ist eine Teilnahme an einem Ausschreibungsverfahren erforderlich.

Um die Errichtung der Anlagen zu erleichtern und somit das Potenzial der Solarenergie besser auszuschöpfen, hat die Landesregierung über eine Verordnungsermächtigung des EEG 2017 die Standortauswahl für Photovoltaikanlagen auf landwirtschaftlichen Flächen erweitert: Nun können auch auf Flurstücken in benachteiligten Gebieten, die aktuell als Grünland genutzt werden, Solaranlagen errichtet werden. Notwendig ist das Aufstellen eines Bebauungsplans durch die jeweilige Gemeinde, so kann die Entwicklung zielgerichtet gesteuert werden. Auch Kommunen können

auf ihren Flächen Solar-Projekte realisieren und von der Wertschöpfung direkt partizipieren.

Regelungen beachten

Für eine umweltverträgliche Gestaltung von Solarenergie sind bestimmte Regelungen zu beachten. So ist etwa die landwirtschaftliche Fläche, die für Freiflächen-Photovoltaik in Rheinland-Pfalz in Anspruch genommen werden darf, auf jährlich circa 100 Hektar limitiert. Daraus ergibt sich ein Ausbaukorridor von maximal 50 Megawatt pro Jahr. Weitere Einschränkungen dienen dem Schutz von Natur und Landschaft und berücksichtigen zudem Bedürfnisse der Landwirtschaft. So ist in Naturparks, Biosphärenreservaten und Vogelschutzgebieten die Verträglichkeit Voraussetzung für die Errichtung der Solaranlagen. Der Bau in geschützten Biotopen und Teilen der Landschaft ist nicht zulässig, genau wie auf Flächen, die für die Wanderung von Wildtieren essentiell sind. Ebenfalls ausgenommen von Freiflä-

chen-Photovoltaik werden UNESCO-Welterbegebiete, wie beispielsweise das Obere Mittelrheintal.

In Bezug auf die Landwirtschaft darf keine Konkurrenz um die Nutzung von Flächen entstehen. Die Errichtung der Photovoltaik-Flächenanlagen soll daher nur auf ertragschwachem Grünland erfolgen. Auch landwirtschaftliche Vorrangflächen werden ausgeschlossen.

IMPRESSUM

Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Rheinland-Pfalz e.V.,
Klarastr. 14 A, 55116 Mainz

Redaktion: Wolfgang Kröhler
Telefon: (06737) 260
Michael Ebling, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Telefon: (030) 255 94-100
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel, Volker Weber

Litho: Satzstudio Neue Westfälische GmbH & Co. KG

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressdruck GmbH
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

Auf dem Weg zu einer gerechteren Grundsteuerreform

Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts: Das Bundesfinanzministerium legt gemeinsam mit den Ländern Eckpunkte fest. Bayern will aber ein anderes Modell. Finanzminister Olaf Scholz erarbeitet derzeit einen Gesetzentwurf

Autor Wolfgang Kröhler

Die Reform der Grundsteuer ist ein Gesetzesvorhaben, das sich fast auf alle Bürger der Republik in irgendeiner Form auswirken wird. Das Bundesverfassungsgericht hat eine gerechtere Gestaltung der Gebühren als Ziel vorgegeben. Kein leichtes Unterfangen, wie die politische Diskussion um die Reform zeigt, die entbrannt ist. Die Finanzminister von Bund und Ländern haben sich auf Eckpunkte für eine Grundsteuerreform verständigt und mit großer Mehrheit in weiteren Gesprächen darauf geeinigt, dass das

Bundesfinanzministerium nunmehr einen Gesetzentwurf erarbeiten und vorlegen soll. Dabei sollen weitere Vereinfachungsvorschläge bei der geplanten Reform berücksichtigt werden. Sie sollen dazu führen, dass die Grundsteuer künftig einfach und unbürokratisch zu erheben ist und die Grundsteuer zukünftig sozial und gerecht ausgestaltet wird.

• Bei den Bodenrichtwerten sollen nicht die Einzelgrundstücke herangezogen werden, sondern die

Grundsteuer soll sich zukünftig nach Bodenrichtwertzonen bemessen.

• Bestimmte Nutzungen sollen durch eine im Bundesrecht verringerte Steuermesszahl entlastet werden. Zu diesen Nutzungen zählen der sozial geförderte Wohnungsbau, die kommunalen Wohnungsbauvereine und die Baugenossenschaften.

Gewinner und Verlierer

Unabhängig davon, wie die Reform der Grundsteuer konkret ausfallen

wird, ist absehbar, dass es sowohl „Gewinner“ – also Personen, die weniger bezahlen müssen – als auch „Verlierer“ – also Personen, für die sich die Grundsteuer erhöht – geben wird. Dieser Effekt ist zwangsläufige Folge der vom Bundesverfassungsgericht geforderten größeren Gerechtigkeit. Wer die Vorstellung hat, eine Reform der Grundsteuer könne so erfolgen, dass sich für niemanden etwas ändert, übersieht, dass dann das Urteil des Bundesverfassungsgerichts dem Grunde nach entbehrlich gewesen wäre.

Und obwohl es auch „Verlierer“ geben könnte, sind die Warnungen vor angeblichen Verteuerungen kaum gerechtfertigt, denn der derzeitige Grundsteuerbetrag liegt bei etwa 20 Cent pro Quadratmeter im Monat. Er stellt damit keinen entscheidenden Faktor dar, weder für die Miethöhe noch für die Entscheidung, ob jemand ein Wohngebäude errichtet oder nicht.

Anzeige



DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL
■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

**JETZT
kostenlos
Probelesen!**

DEMO-ONLINE.DE
DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL ■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK
07/08 2018
Brandenburg
Landes-SGK
Extra
UMWELTGERECHTIGKEIT
**Mehr Grün
für alle!**
Wie Kommunen Klimaschutz, Gesundheit
und soziale Gerechtigkeit vereinen können

Probeabonnement für 3 Ausgaben
jetzt kostenlos bestellen:
www.demo-online.de
☎ 030/740 73 16-61
Dieses Abonnement ist kostenfrei
und läuft automatisch aus.

Bayern blockiert allerdings bislang die Reform der Grundsteuer. Nach Bayerns Finanzminister Albert Föderer (CSU) sei das Reformmodell für Bayern in der jetzt vorgesehenen Ausgestaltung auf keinen Fall zustimmungsfähig. Bayern will ein völlig anderes Modell zur Grundsteuer, und zwar ein Flächenmodell. Bei ihm soll sich die Steuerhöhe pauschal an der Fläche orientieren. Unter Umständen könnten etwa teurere und günstigere Lagen unterschiedlich mit einem entsprechenden Multiplikator bewertet werden. In der Diskussion um die Reform der Grundsteuer erinnerte schließlich der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städtetags, Helmut Dedy, daran, dass bis Ende 2019 die Grundsteuer neu geregelt sein müsse, weil sie in der bisherigen Form mit dem Grundgesetz unvereinbar ist. Um diese Frist einzuhalten, erwartet er bis Ostern einen Gesetzentwurf.

Eckpunkte festgelegt

Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) ist jedenfalls davon überzeugt, dass mit seinen Vorschlägen zur Neuordnung die Steuerlast künftig fairer und sozial gerechter verteilt werde.

Ziel sei aber auch, dass die neue Grundsteuer in der Praxis umsetzbar bleibe und verfassungsfest sei. Über die Einigung von Bund und Ländern auf Eckpunkte der Grundsteuerreform zeigt sich der Finanzminister in einer Pressemitteilung seines Ministeriums erfreut: „Wir haben ein Gesprächsergebnis erzielt, das eine gute Grundlage ist für die Arbeiten, die jetzt noch anstehen“.

Folgende Eckpunkte wurden festgelegt:

1. Bei Wohngrundstücken wird zur Ermittlung der Bemessungsgrundlage an die aus dem Mikrozensus des Statistischen Bundesamtes abgeleiteten durchschnittlichen Nettokaltmieten angeknüpft. Anstelle der durchschnittlichen Nettokaltmiete wird die tatsächlich vereinbarte Nettokaltmiete angesetzt, wenn der Eigentümer dem Mieter Grundstücke oder Grundstücksteile zu einer Nettokaltmiete überlässt, die bis zu 30 Prozent unterhalb der durchschnittlichen Nettokaltmiete liegt. Überlässt der Eigentümer dem Mieter Grundstücke oder Grundstücksteile zu einer Nettokaltmiete, die über 30 Prozent unterhalb der durchschnittlichen Nettokaltmiete

liegt, ist die um 30 Prozent geminderte durchschnittliche Nettokaltmiete anzusetzen.

2. Das Baujahr ist für die Ermittlung des Grundstückswertes ein notwendiger Bemessungsparameter. Für die Gebäude, die vor 1948 erbaut wurden, genügt aus Vereinfachungsgründen in der Erklärung die Angabe „Gebäude erbaut vor 1948“.

3. Ausgangspunkt für die Bewertung von Grund und Boden sind die Bodenrichtwerte. Die Finanzverwaltung kann ergänzende Vorgaben zur Bestimmung der Bodenrichtwertzonen (Größe) machen, § 196 ABS. Ab 1 BauGB. Die Gutachterausschüsse können Bodenrichtwertzonen zu noch größeren Zonen (Lagen) zusammenfassen. Für Kommunen, deren mittleres Bodenwertniveau unter dem Landesdurchschnitt Wohnen liegt, kann optional das für die Kommune jeweils ermittelte „mittlere Bodenwertniveau“ als „Ortsdurchschnittswert“ angesetzt werden.

4. Soweit für gemischt genutzte Grundstücke sowie Geschäftsgrundstücke weder tatsächlich vereinbarte

Mieten vorliegen noch ortsübliche Mieten ermittelt werden können, ist anstelle des Ertragswertverfahrens ein gegenüber dem geltenden Recht vereinfachtes Sachwertverfahren anzuwenden.

5. Die Reform wird aufkommensneutral gestaltet. Die Steuermesszahl für die Neuordnung des Grundsteuer- und Bewertungsrechts unter Berücksichtigung der Punkte 1 bis 4 beträgt bei konstanten Hebesätzen nach erster grober Schätzung 0,325 Prozent. Die Steuermesszahl wird nach Grundstücksarten differenziert. Für die jeweiligen Grundstücksarten wird die Steuermesszahl regelmäßig überprüft und gegebenenfalls angepasst.

6. Für die Grundsteuer A für die Land- und Forstwirtschaft wird ein Ertragswertverfahren gemäß dem Gesetzentwurf des Bundesrates eingeführt.

7. Die Kommunen erhalten die Option, eine Grundsteuer C auf unbebaute baureife Grundstücke zu erheben.

8. Es wird eine Lösung hinsichtlich der Auswirkungen für den Länderfinanzausgleich erarbeitet.

Ein Oberbürgermeister, der im „Paradies“ Ingelheim noch viel selbst gestalten kann

Ralf Claus tritt wieder bei der Oberbürgermeisterwahl an. Der Sozialdemokrat ist zuversichtlich: Eine Wechselstimmung sei nicht zu registrieren. Bevölkerungszahl ist durch Eingemeindung stark gestiegen

Autor Wolfgang Kröhler

Ingelheim am Rhein ist eine Kleinstadt vor den Toren von Mainz. Von einer Randlage kann aber keine Rede sein, hier herrscht ein impulsives gesellschaftliches Leben mit wirtschaftlich hervorragenden Rahmenbedingungen. Kein Wunder, dass der Sozialdemokrat Ralf Claus hier gerne Oberbürgermeister ist und es auch bleiben will. Bei den Kommunalwahlen am 26. Mai bewirbt er sich für eine zweite Amtszeit, 2012 wurde er erstmals in das höchste Amt der Rotweinstadt direkt gewählt. Die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Kandida-

tur sind jedenfalls ausgesprochen gut. Der Sozialdemokrat, seit 1985 in der Partei, ist immer nah an den Menschen, er weiß, worauf es in seiner Heimatstadt ankommt. 1989 zog er erstmals in den Stadtrat ein, und bereits 1999 wurde er zum Bürgermeister und Stellvertreter des damaligen Oberbürgermeisters gewählt. Er kennt also die Verwaltungsgeschäfte in- und auswendig und hat auch ein geschicktes Händchen und auf Ausgleich bedachtes Handeln mit den verschiedenen politischen Interessen im Ingelheimer Stadtrat.

Eine der steuerstärksten Städte

Ingelheim profitiert natürlich von dem hier ansässigen Weltkonzern Boehringer, ein Unternehmen, das nach wie vor in Familienhand ist. Ralf Claus macht vor diesem Hintergrund aber auch kein Hehl daraus, dass seine Stadt aufgrund des hohen Steueraufkommens in einem Maße profitiert, wovon Amtskollegen in anderen Städten nur träumen können. „Wir gehören zu den steuerstärksten Städten in der Republik, wir können im Schnitt der letzten Jahre immer mit einem jährlichen Steueraufkommen von zirka 200 Millionen Euro

rechnen“, stellt der Oberbürgermeister nüchtern fest. Er weiß, dass das Verhältnis Einwohnerzahl zum Steueraufkommen „einfach hervorragend ist“ und in Ingelheim fast schon paradiesische Zustände herrschen. Von dieser Steuerwucht profitiert ganz besonders auch der Landkreis Mainz-Bingen, dessen Haushalt sich zu 60 Prozent aus der Finanzkraft Ingelheims zusammensetzt. In der Stadt gebe es rund 16.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, davon gingen alleine 8.500 auf das Konto der Firma Boehringer. Arbeitslosigkeit ist hier ein Fremdwort. Weit über dem



Oberbürgermeister Ralf Claus strebt bei den Kommunalwahlen am 26. Mai eine zweite Amtszeit als OB von Ingelheim an. Foto: Privat

Durchschnitt sei die Zahl der Besserverdiener, die Kaufkraft in der Stadt sei dementsprechend beachtlich.

Das Geld im Säckel der Stadt ist das eine, es aber auch vernünftig anzu-

legen das andere. Ralf Claus ist weit davon entfernt, mit Prestigeobjekten zu glänzen. Er will vielmehr seine Stadt weiter voran bringen.

In diesem Zusammenhang ist er besonders stolz auf das neue Stadtzentrum, das über Jahre und mit Einbindung der Bürgerschaft entwickelt und realisiert worden ist. „Vorher hatten wir nie ein gewachsenes Stadtzentrum, das hat sich jetzt geändert“, schwärmt der Oberbürgermeister. Es sei eine neue Identität entstanden, die Belebung der Innenstadt sei greifbar. Davon habe auch ganz besonders der Einzelhandel profitiert, zahlreiche Geschäfte hätten sich im neuen Zentrum etabliert und Ingelheim habe sich mittlerweile zu einer richtig guten Einkaufsstadt entwickelt. Demnächst komme noch ein neues 120-Betten-Hotel dazu. Mit der historischen Burgkirche und der Kaiserpfalz habe die Stadt nunmehr eine ausgezeichnete Symbiose zwischen Vergangenheit und Neu-

zeit gefunden. Die gute Finanzausstattung erlaubt der Stadt aber auch, mehr als anderswo in Bildung und Kultur zu investieren. Dazu gehören beispielsweise das neue Weiterbildungszentrum und die weit über die Grenzen bekannten „Internationalen Tage“. Schulen, Kindergärten und Sportstätten seien ebenfalls auf einem hohen Niveau angesiedelt.

Zwei neue Stadtteile

Dennoch bleibe noch Einiges zu tun, meint Ralf Claus mit Blick in die Zukunft. Wie fast überall müsse man sich auch in Ingelheim um bezahlbaren Wohnraum kümmern. Eine Bedarfsanalyse habe ergeben, dass bis 2033 etwa 2.500 neue Wohnungen gebraucht würden. Die stadteigene Wohnungsbaugesellschaft soll diese Aufgaben in Angriff nehmen. Auch ein neuer Flächennutzungsplan müsse entwickelt werden. Und gesellschaftspolitisch will der Oberbürgermeister ebenfalls die Ärmel hochkrempeln. „Mit Heidesheim

und Wackernheim sind zwei Gemeinden neu ins Stadtgebiet aufgenommen worden, die Integration dieser neuen Stadtteile werden wir behutsam fortführen“. Die Einwohnerzahl in jetzt sieben Stadtteilen ist von 26.000 auf 37.000 Einwohner gestiegen.

Wie sich das bei den Oberbürgermeisterwahlen auswirkt, das bleibe abzuwarten. Aber Ralf Claus macht keinen Hehl daraus, dass er weiter an der Spitze der Stadt bleiben möchte: „Es macht Spaß, hier Oberbürgermeister zu sein, hier kann man noch was bewegen und gestalten, und diesen Prozess würde ich gerne noch weiter mitgestalten“. Zwar seien Wahlen keine Selbstläufer; die Auswirkungen von allgemeinen Strömungen, die eigentlich nichts mit der Stadtpolitik zu tun hätten, könne man nie abschätzen. Aber der 58-jährige Ralf Claus bleibt zuversichtlich: „Eine Wechselstimmung ist in Ingelheim nicht zu registrieren.“

Anzeige

DEMO
VORWÄRTS-KOMMUNAL
■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

**BESUCHEN
SIE UNS AUF**
www.demo-online.de

MEHR INFOS. MEHR HINTERGRÜNDE.

Mit Blickpunkt, Aktuelles, Kommunal-Blog, DEMO-Kommunalkongress, Reporte, u. v. m.

67 Bürgerbusse in Rheinland-Pfalz – und es werden immer mehr

Mobilität auf dem Land muss gewährleistet sein. „Bürger fahren Bürger“ als ehrenamtliches Engagement. In der VG Sprendlingen-Gensingen funktioniert dieses Angebot schon seit vielen Jahren reibungslos

Autoren Manfred Scherer/Wolfgang Kröhler

Unsere verschiedenen Regionen, Dialekte, Bräuche und Traditionen machen die Vielfalt unseres Landes aus. Gerade in Rheinland-Pfalz hat das Leben auf dem Land viele Vorzüge, und unsere Dörfer machen unser Land zu dem, was es ist: Ein Land, in dem sich die Menschen wohl fühlen.

Unser Ziel sind gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land. Das ist nicht immer einfach. Die Wege zum täglichen Einkaufen, zur Post, zur Bank oder zum Arzt und zur Apotheke sind auf dem Land mitunter weiter als in der Stadt. Gerade ältere Menschen können oder wollen nicht immer mit dem Auto fahren. Andererseits kann der öffentliche Nahverkehr kleine Ortschaften, verstreute Siedlungen oder abgelegenen Einzelhöfe im Westerwald, Hunsrück, in der Pfalz oder der Eifel nur mit langen Wegen und Fahrtzeiten erreichen. Zudem fahren die Linienbusse nicht alle Gemeinden an. Deshalb muss Mobilität auf dem Land als Teil der Daseinsvorsorge und Grundversorgung gewährleistet werden.

Unterstützung durch Land

Diesen besonderen Bedarf können Bürgerbusse decken. Das Motto lautet „Bürger fahren für Bürger“. Die Bürger organisieren und betreiben ihren Bürgerbus ehrenamtlich. Zu diesem Zweck kann man einen Bürgerbusverein gründen. Oftmals übernimmt auch die Verbandsgemeinde die Rechtsträgerschaft. Solche Angebote gewährleisten besonders im ländlichen Raum weiterhin Mobilität. Das Land unterstützt solche Projekte. Derzeit beläuft sich die pauschale Förderung auf bis zu

8.500 Euro. Sie kann beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau beantragt werden (Quelle: www.mwvwlw.rlp.de/de/themen/verkehr/bus-und-bahn/buergerbusse/; Abruf am 15. März 2019).

Bürgerbusse fahren vor allem im Nahbereich und verbinden beispielsweise die Ortsgemeinden mit den Grundzentren oder größeren Gemeinden in der Umgebung, in denen der tägliche Bedarf gedeckt werden kann. Doch der Bürgerbus ist weit mehr als ein reines Beförderungsmittel. Er bietet gleichzeitig Raum für Kontakt- und Kommunikationspflege. Im Bürgerbusverein kommen Menschen zusammen, die sich für die Gemeinde und jeden einzelnen in der Gemeinschaft engagieren. Hier wird bürgerschaftliches Engagement mit dem bestehenden Angebot im öffentlichen Verkehr verknüpft. Weitere Informationen finden sich im Internet unter www.buergerbus-rlp.de/

VG macht Bürger mobil

Ein gutes Beispiel, wie man die Idee Bürgerbus in die Tat umsetzt, demonstriert die Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen. Seit dem Amtsantritt von Bürgermeister Manfred Scherer (SPD) vor rund neun Jahren hat Bürgerbeteiligung in der VG einen hohen Stellenwert. Die konkrete Lebenssituation konnte durch Projektgruppen zu unterschiedlichsten Aufgabenstellungen gemeinsam mit den Bürgern wesentlich verbessert werden. Besonders erfolgreich laufen die zwei Bürgerbusprojekte, der Mob's im südlichen Teil der Ver-

bnr.de

blick nach rechts

„Die Bekämpfung von Rechts-extremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“

Schirmherrin Ute Vogt

Weitere Informationen im Netz:
www.bnr.de



Seit Jahren funktioniert der Betrieb mit dem Bürgerbus in der VG Sprendlingen-Gensingen bestens – zur Freude von Bürgermeister Manfred Scherer (links).

Foto: VG Sprendlingen-Gensingen

bandsgemeinde und der HoBBs im nördlichen Teil.

Angefangen hat es mit Workshops. Gemeinsam mit den Bürgern wurden die Bedarfe der Menschen in den Gemeinden analysiert. Dabei zeigte sich, dass gerade ältere Menschen unter der mangelnden Mobilität im ländlichen Raum leiden.

Folgerichtig ist dann die Idee für Bürgerbusse entstanden. Arbeitskreise mit ehrenamtlich engagierten Bürgern haben sich dann der Bürgerbus-Idee konkret angenommen. Viele Fragen waren zu klären, wie zum Beispiel:

- Machen wir einen zusätzlichen Linienverkehr oder holen wir die Menschen je nach Bedarf von zu Hause ab?
- Bieten wir nur Fahrten innerhalb der Gemeinde an oder auch überörtlich?
- Wer trägt die Kosten?
- Erheben wir ein Beförderungsentgelt?
- Wie groß muss der Bus sein?
- Wer fährt den Bus?
- Welche Genehmigungen werden benötigt?
- Wie organisieren wir die Planung der Fahrten?

In die Arbeit der Arbeitskreise waren die Gemeindegremien von Anfang an eingebunden. Dies sicherte eine weitgehende Identifikation mit dem Projekt. Die Fragestellungen wurden nacheinander abgearbeitet und die Finanzierung der Anschaffung des Bürgerbusses durch die jeweilige Ortsgemeinde geklärt. Sehr schnell war auch klar, dass die Fahrten mit dem Bürgerbus für die Fahrgäste kostenfrei sein sollen.

Angebot wird angenommen

Der Bürgerbus Sprendlingen (Mob's) bringt nun seit dem Jahr 2011 mobil eingeschränkte Menschen von zu Hause zum Arzt, zum Friseur oder zum Einkaufen. Der Bus bringt sie dann natürlich auch wieder zurück nach Hause. Die Bürger rufen den Telefondienst an und melden eine Fahrt an. Der Telefondienst erstellt dann einen Fahrplan. Mittlerweile fahren rund 30 ehrenamtliche Fahrerinnen und Fahrer den Mob's. Einmal im Monat treffen sich die Fahrer zu einem Fahrerfrühstück, um die Einsatzpläne für die nächsten Wochen zu besprechen.

Rund 23.000 Euro hatte die Ortsgemeinde für die Anschaffung des Bürgerbusses bereitgestellt. Das

war eine lohnende Investition. Über 5.000 Fahrgäste wurden mittlerweile befördert und das Angebot auch auf benachbarte Gemeinden ausgeweitet. Als nächstes ist die Anschaffung eines Elektrobusses geplant.

Der Horrweiler Bürgerbus (HoBBs) dreht seit September 2013 an fünf Tagen in der Woche nach einem festen Fahrplan seine Runde. Über 40.000 Kilometer wurden mittlerweile mit weit über 7.000 Fahrgästen gefahren. Schüler und Senioren aus Horrweiler und Aspheim nehmen das Angebot gerne an.

Viele Kunden sind Stammgäste, die zum Einkaufen, zur Apotheke oder zum Arzt gefahren werden und dort nach einigen Stunden dann wieder abgeholt werden. Auch Berufspendler nutzen das Bürgerbusangebot, um zum Bahnhof Gensingen-Horrweiler zu gelangen.

Seit 2018 wird der Bürgerbus an zwei Wochentagen auch an die Ortsgemeinden Gensingen und Grolsheim ausgeliehen, wo ein weiteres Dutzend ehrenamtliche Fahrer die Fahrdienste für die Senioren anbieten. Hier ist in Kürze die Anschaffung eines weiteren Bürgerbusses

mit Elektromotor durch die beiden Ortsgemeinden geplant.

Nach der nunmehr langjährigen Erfahrung zeigt sich, dass die eingesetzten Bürgerbusse eine sinnvolle Ergänzung zum ÖPNV-Angebot darstellen und vorhandene Lücken schließen. Die Menschen bleiben so (auch im Alter) mobil.

Finanzierung

Der finanzielle Aufwand für die Ortsgemeinden hält sich in Grenzen. Neben den Anschaffungskosten sind die überschaubaren laufenden Kosten aufzubringen. Diesem Aufwand stehen jedoch freiwillige Spenden der Fahrgäste gegenüber. Zudem zahlt der Landkreis Mainz-Bingen seit 2015 für die Organisation und den Betrieb von Bürgerbussen ehrenamtlicher und gemeinnütziger Initiativen einen Zuschuss, in dem er die ungedeckten Kosten bis zu einer Höchstgrenze von 5.000 Euro/Jahr/Bus übernimmt.

Die Bürger in der Verbandsgemeinde Sprendlingen-Gensingen sind mit dem Bürgerbusangebot hoch zufrieden und dankbar für den Zugewinn an Lebensqualität!